

BESCHLUSSVORLAGE V0453/21 öffentlich	Referat	Referat V
	Amt	Amt für Jugend und Familie
	Kostenstelle (UA)	4070
	Amtsleiter/in	Betz, Oliver
	Telefon	3 05-45401
	Telefax	3 05-45409
E-Mail	jugendamt@ingolstadt.de	
Datum	10.06.2021	

Gremium	Sitzung am	Beschlussqualität	Abstimmungs- ergebnis
Jugendhilfeausschuss	24.06.2021	Vorberatung	
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	27.07.2021	Entscheidung	

Beratungsgegenstand

Fachstelle politische Bildung Stadtjugendring
(Referent: Herr Fischer)

Antrag:

Der Stadtjugendring erhält ab 01.01.2022 einen Personal- und Sachkostenzuschuss in Höhe von 37.000 €/Jahr für politische Bildungsarbeit inklusive Durchführung von U18-Wahlen.

gez.

Isfried Fischer
Berufsmäßiger Stadtrat

Finanzielle Auswirkungen:

Entstehen Kosten: ja nein

wenn ja,

Einmalige Ausgaben	Mittelverfügbarkeit im laufenden Haushalt	
Jährliche Folgekosten 37.000,00 EUR ab 2022	<input type="checkbox"/> im VWH bei HSt: <input type="checkbox"/> im VMH bei HSt:	Euro:
Objektbezogene Einnahmen (Art und Höhe)	<input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag von HSt: von HSt:	Euro:
Zu erwartende Erträge (Art und Höhe)	von HSt:	
	<input checked="" type="checkbox"/> Anmeldung zum Haushalt 2022 451500 702400 451500 702100	Euro: 32.000,00 5.000,00
<input type="checkbox"/> Die Aufhebung der Haushaltssperre/n in Höhe von Euro für die Haushaltsstelle/n (mit Bezeichnung) ist erforderlich, da die Mittel ansonsten nicht ausreichen.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung herangezogenen Haushaltsmittel der Haushaltsstelle (mit Bezeichnung) in Höhe von Euro müssen zum Haushalt 20 wieder angemeldet werden.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung angegebenen Mittel werden für ihren Zweck nicht mehr benötigt.		

Kurzvortrag:

Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe ist es, junge Menschen bei ihrer Entwicklung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu unterstützen. Dazu gehört auch die Befähigung zur Mitgestaltung gesellschaftlicher und politischer Diskurse und Entscheidungsprozesse sowie zum politischen Handeln. Die Jugendhilfe leistet neben Instanzen wie Familie, Schule und Sozialraum einen wichtigen Beitrag zur Vermittlung demokratischer Haltungen und zur Ausgestaltung einer lebendigen Demokratie in Deutschland.

Außerschulische Jugendbildung mit politischer Bildungsarbeit gehört mit zu den Schwerpunkten der Jugendarbeit gemäß § 11 Abs. 3 SGB VIII. 2018 hat der Stadtjugendring eine Projektstelle für politische Bildungsarbeit und zur Durchführung von U18-Wahlen eingerichtet. Gründe hierfür waren u. a. die zunehmende Politikverdrossenheit bei jungen Menschen, eine geringe Wahlbeteiligung bei Jungwähler*innen sowie die Zunahme populistischer und extremistischer Strömungen. Für die Jahre 2019, 2020 und 2021 hat die Stadt Ingolstadt einen freiwilligen Zuschuss in Höhe von 25.000 €/Jahr für die Projektstelle gewährt. Darüberhinausgehende Personal- und Sachmittelkosten hat der Stadtjugendring aus Eigen- und Drittmitteln (u. a. Spenden) getragen. Maßnahmen der politischen Bildungsarbeit können projektbezogen u. a. vom Bayerischen Jugendring oder Stiftungen bezuschusst werden. Personalkosten sind von der Bezuschussung ausgeschlossen, sondern nur jeweils Sachkosten, Investitionen und

Honorarkosten für die 6 - 24-monatigen Projekte. Auch zukünftig wird der Stadtjugendring in Abhängigkeit von Projekten und Inhalten weitere Fördermöglichkeiten suchen und nach Möglichkeit Anträge stellen, um das Sachmittel-Budget der Fachstelle politische Bildung zu erhöhen.

Vorrangiges Ziel der politischen Bildungsarbeit ist es, junge Menschen an politische Prozesse heranzuführen und sie zu einer kritischen Auseinandersetzung zu befähigen. Hierdurch soll politisches und demokratisches Denken und Handeln gefördert werden. Ziel ist es zudem, dem politischen Desinteresse entgegenzuwirken und die Bereitschaft für aktives eigenverantwortliches politisches Handeln sowie für die Beteiligung und Mitwirkung an demokratischen Entscheidungsprozessen zu wecken und zu fördern.

Primäre Zielgruppe der Projektstelle politische Bildung sind alle Ingolstädter Jugendlichen im Alter von 10 - 18 Jahren unabhängig von Geschlecht, Staats,- Kultur- und Religionszugehörigkeit und Sprache. Spezieller Augenmerk wird dabei auf Jugendliche mit Migrationshintergrund und auf sogenannte „bildungsferne“ Jugendliche gerichtet. Anhand unterschiedlicher Ansätze und Methoden werden verschiedene Zielgruppen durch die politische Bildungsarbeit des SJR erreicht. Ingolstädter Jugendliche ab dem 12. bis einschließlich 17. Lebensjahr werden z. B. in Workshops und Planspielen zur Meinungs- und Demokratiebildung sowie durch Teilnahme an U18-Wahlen an politische Prozesse herangeführt. Die Workshops an den Schulen werden sowohl von den Schüler*innen als auch seitens der Schule sehr positiv angenommen. Durch verschiedene Kampagnen werden außerdem Jung- und Erstwähler*innen mobilisiert und motiviert sich an Wahlen zu beteiligen. Es finden darüber hinaus Schulungen und Beratung zu politischer Bildung statt z. B. für Schulen, Jugendverbände und Multiplikatoren. Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit sind ebenfalls Bestandteil der politischen Bildungsarbeit.

2018 wurde erstmals zur Landtagswahl eine U18-Wahl organisiert. Auch bei den anschließenden Wahlen (Europawahl, Kommunalwahl) wurden erfolgreich U18-Wahlen durchgeführt. Wichtige Kooperationspartner stellen hierbei die Schulen sowie Jugendeinrichtungen dar. Wahlhelferteams werden zusammengestellt und geschult. Seit der Europawahl ist auch ein U18-Wahlmobil im Einsatz. Fester Bestandteil ist mittlerweile der U18-Kurier, der in Zusammenarbeit mit dem Donaukurier veröffentlicht wird. In Vorbereitung auf die Kommunalwahl wurden außerdem die jugendpolitischen Forderungen ausgearbeitet und ein OB-Hearing organisiert.

Aufgrund der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Kontaktbeschränkungen konnten nicht

alle geplanten Aktionen und Projekte im Jahr 2020 stattfinden. Um jugendpolitische und jugendrelevante Themen auch in Coronazeiten mit der Zielgruppe diskutieren und öffentlich kommunizieren zu können wurde dazu ein neues Format unter dem Motto: „*mit_denken / mit_reden / mit_mischen*“ entwickelt. Es wurden u. a. Gespräche mit Jugendlichen zu unterschiedlichen Jugend-Themen (u. a. Jugendparlament, Alltags-Rassismus und Gendergerechte Sprache) geführt, die aufgezeichnet und via Youtube veröffentlicht wurden.

In der Arbeitsgruppe Jugendhilfeplanung bzw. Unterausschuss Jugendhilfeausschuss wurde regelmäßig über die Arbeit der Projektstelle berichtet, zuletzt am 19.01.2021.

Der 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung, der im November 2020 veröffentlicht wurde, richtet die Aufmerksamkeit auf die Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter und bekräftigt die Wichtigkeit und Bedeutung politischer Bildung. Junge Menschen haben ein Recht auf politische Bildung, welche als Daueraufgabe anzuerkennen ist. Der Bericht schreibt dabei der Kinder- und Jugendarbeit einen großen Beitrag zur politischen Bildung von Kindern und Jugendlichen zu.

Die Kosten in Höhe von insgesamt 37.000 € setzen sich aus Personalkosten für eine 0,5 VZÄ pädagogische Fachkraft (Eingruppierung TvöD S11b) sowie Sachkosten in Höhe von 5.000 € zusammen. Die Sachkosten gliedern sich wie folgt:

Öffentlichkeitsarbeit (Plakate, Flyer, Druck U18-Kurier)	Ca. 3000 €/Jahr
Honorar/Fahrtkosten für externe ReferentInnen	Ca. 500 €/Jahr
Organisation und Durchführung politischer Bildungsreisen (z.B. Gedenkstätten-Besuch, Land-/Bundestag)	Ca. 1000 €/Jahr
Organisation und Durchführung von Schulungen Wahlhelfer-Teams	Ca. 500 €/Jahr

Für die Begleitung und Unterstützung des Jugendparlaments erhält der Stadtjugendring einen Personalkostenzuschuss in Höhe von 13.500 €/Jahr (Beschlussvorlage V00022/21). Die Aufgaben in Verbindung mit dem Jugendparlament werden von der Stelleninhaberin der politischen Bildungsarbeit ausgeführt. Für die Planung, Organisation und Durchführung politischer Bildungsarbeit sind jedoch zusätzliche Ressourcen erforderlich. Die bisherigen Erfahrungen und Ergebnisse zeigen, dass die Bereitschaft und das Interesse für politische und gesellschaftliche Themen bei den jungen Menschen sehr groß sind, sie zur Förderung und Verfestigung hierfür aber dauerhafte Zugänge zur niedrighschwelligigen politischen Beteiligung benötigen. Zudem sind der Aufbau von Netzwerken, die unmittelbare Beziehungsarbeit mit Jugendgruppen und Einzelpersonen sowie die Aufrechterhaltung der Infrastrukturen mit Einrichtungen, Lehrkräften und Verbänden für eine erfolgreiche politische Bildungsarbeit zwingende Grundlage. Damit Kontinuität und Nachhaltigkeit in der politischen Bildungsarbeit in Ingolstadt erreicht werden kann, soll dauerhaft eine Fachstelle für politische Bildung beim SJR eingerichtet werden.